



Jagd und Forst

Aiwanger: "Die Bundesregierung muss den Rückenwind aus Europa aufgreifen und endlich eine Bejagung des Wolfes ermöglichen. Der Wolf hat längst den günstigen Erhaltungszustand erreicht und es drohen Seuchen bis hin zu Tollwut."

21. Dezember 2023

MÜNCHEN. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, der auch für Jagd und Bayerische Staatsforsten zuständig ist, hat die Bundesregierung aufgefordert, nun rasch die geplante Absenkung des Schutzstatus des Wolfes durch die EU aufzugreifen und die Voraussetzungen für einen erleichterten Abschuss in Deutschland zu schaffen.

Aiwanger: "Endlich hat die EU unsere Dauerforderung aufgegriffen und will den Schutzstatus des Wolfes absenken. Wir haben in Deutschland eine der größten Wolfspopulationen in Europa. Mittlerweile tauchen aufgrund der Überpopulation bei den Wölfen Probleme auf wie Räudebefall, an der die Tiere jämmerlich zugrundegehen. Viele ideologische Wolfsschützer sprechen davon, dass sich die Natur selbst regeln würde, auch wenn der Mensch nicht eingreift. Vernünftige Menschen wollen aber nicht zusehen, bis die Wölfe durch Räudebefall und wie früher durch Tollwut reguliert werden. Wir müssen vorher eingreifen. Tausende Weidetiere sind in Deutschland dem Wolf allein dieses Jahr zum Opfer gefallen. Nutztierhalter haben große Schäden erlitten, Wölfe dringen bis in die Dörfer und menschliche Siedlungen vor. Der Bund muss nun zeitnah den günstigen Erhaltungszustand des Wolfes feststellen und rechtliche Sicherheit schaffen für ein gezieltes Wolfsmanagement. Der Wolf muss endlich vernünftig und rechtssicher reguliert werden dürfen, um die Weidetiere unserer Landwirte zu schützen. Und zwar schnell."

Die EU-Kommission hatte am Mittwoch mitgeteilt, dass sie die Schutzregeln lockern wolle. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte, die Dichte der Wolfsrudel sei in einigen europäischen Regionen zu einer echten Gefahr geworden, insbesondere für Weidetierhalter. Der Status des Wolfes soll von "streng geschützt" auf "geschützt" abgesenkt werden. Nun seien die EU und die Mitgliedsstaaten gefordert, so schnell wie möglich die Berner Konvention und die FFH-Richtlinie zu ändern und nationales Recht anzupassen und nicht wieder nur auf Zeit zu setzen.

Aiwanger: "Ich fordere seit Jahren die Absenkung des Schutzstatus. Durch die bislang zögerliche Haltung von EU und Bundesregierung ist ein immenser Schaden für die Landwirtschaft entstanden. Bundesumweltministerin Lemke muss nun mit dem Rückenwind aus der EU handeln und sich endlich für eine Regulierung des Wolfes eintreten."

Ansprechpartner:
Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 465/23